

19. Wahlperiode

Schriftliche Anfrage

des Abgeordneten Gunnar Lindemann (AfD)

vom 31. Juli 2024 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 31. Juli 2024)

zum Thema:

Sogenannter „Demokratiebericht“ Marzahn-Hellersdorf 2023

und **Antwort** vom 15. August 2024 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 16. August 2024)

Herrn Abgeordneten Gunnar Lindemann (AfD)

über
die Präsidentin des Abgeordnetenhauses von Berlin

über Senatskanzlei - G Sen -

Antwort

auf die Schriftliche Anfrage Nr. 19/19851

vom 31. Juli 2024

über Sogenannter „Demokratiebericht“ Marzahn-Hellersdorf 2023

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

Vorbemerkung: Gemäß einer Pressemitteilung des Bezirksamtes Marzahn-Hellersdorf vom 17.07.2024 ist der sogenannte „Demokratiebericht“ für 2023 erschienen. Er enthält ein Vorwort der Bezirksbürgermeisterin Zivkovic (CDU). Sollte sich das Bezirksamt hinsichtlich der nachfolgenden Fragen für nicht zuständig halten, wird vorsorglich darauf verwiesen, dass die Pressemitteilung auf den Seiten des Bezirksamts, sowie auch das Vorwort der Bezirksbürgermeisterin zweifelsohne darauf hindeuten, dass das Bezirksamt den Bericht inhaltlich unterstützt und sich ihn insoweit zu eigen macht.

1. Womit konkret war die AfD im Berichtsjahr „ein wichtiger Akteur der (extremen) Rechten im Bezirk“? Bitte alle Sachverhalte einzeln auflühren.
2. Welche konkreten Anfragen der AfD auf Landes- und Bezirksebene waren „mit diffamierendem Charakter zu antirassistischen Akteur*innen, demokratischen NGOs oder sozialen Trägern“? Bitte alle entsprechenden Anfragen einzeln auflühren.
3. Wann und mit wem fanden „immer wieder“ Veranstaltungen der AfD in Hönow „unter Beteiligung extrem rechter Akteur*innen“ statt? Bitte alle Veranstaltungen sowie die „rechten Akteur*innen“ einzeln auflühren.
4. Welche konkreten Fälle von „anhaltendem Hass und Hetze in den Sozialen Medien wie u. a. in größeren Facebook Gruppen mit bezirklichem Bezug“ werden mit der AfD in Verbindung gebracht? Bitte alle Fälle mit entsprechendem Link einzeln auflühren.
5. Welche konkreten „Vorfälle mit Bezug zum Wahlkampf [2023] standen in einem direkten Zusammenhang mit der AfD“? Bitte alle Vorfälle einzeln auflühren.
6. Inwiefern ist die Bezirkszeitung der AfD eine „Propaganda-Zeitung“? Bitte ausführlich begründen.
7. Inwieweit bedient die „Zeitung rassistische Erzählungen, indem beispielsweise ein unbelegter Zusammenhang zwischen sozialen Problemen, wie Wohnungsnot und Migration behauptet wird“? Bitte belegen.

8. Welcher „AfD-Abgeordnete ist auch außerhalb des Wahlkampfes für den Großteil der gemeldeten Vorfällen im digitalen Raum verantwortlich“? Bitte den betreffenden Abgeordneten nennen, sowie alle identifizierten Vorfälle einzeln auflühren.
9. Welche konkreten „diskriminierenden Vorfälle registrierte das Marzahn-Hellersdorfer Register im Gesamtjahr mit direktem Bezug zur AfD“? Bitte alle angegebenen 28 Vorfälle einzeln auflühren.
10. Welche „Wurfsendungen der AfD in Briefkästen“ hatten „diskriminierende Inhalte“? Bitte alle sieben gemeldeten Fälle konkretisieren.
11. Wann wurden die Wurfsendungen zur Anzeige gebracht und wie war das jeweilige Ergebnis der Ermittlungsbehörden? Bitte einzeln angeben.
12. Welche konkrete „diskriminierende Propaganda und Pöbeleien im Internet“ wurde identifiziert? Bitte alle 15 Fälle einzeln mit Link angeben.
13. Wann wurden die Vorfälle zu 12. zur Anzeige gebracht und wie war das jeweilige Ergebnis der Ermittlungsbehörden? Bitte einzeln angeben.

Zu 1. bis 13.:

Der in Rede stehende Bericht wurde ausweislich des Impressums von der Koordinierungsstelle für Demokratieentwicklung Marzahn-Hellersdorf und unter anderem unter Berücksichtigung des „Registers Marzahn Hellersdorf“, d. h. von nichtstaatlichen Organisationen erstellt. Der Senat war an seiner Erstellung nicht beteiligt, und auch das Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf hat mitgeteilt, die Fragen nicht aus eigener Kenntnis beantworten zu können, sondern zur Beantwortung auf Zulieferungen der genannten Organisationen angewiesen zu sein. Der Sachinhalt des Berichts unterliegt damit nicht der Verantwortung des Senats, so dass dazu keine Angaben gemacht werden können.

Zu den Fragen 11 und 13 wird ergänzend darauf hingewiesen, dass die Angaben in dem in Rede stehenden Bericht nicht dazu geeignet sind, im Rahmen einer Recherche in den Datenbanken der Polizei Berlin im automatisierten Verfahren entsprechende Sachverhalte zu identifizieren und dadurch zu klären, ob bestimmte Sachverhalte zur Anzeige gebracht wurden bzw. wie etwaige Ermittlungsverfahren ausgegangen sind.

14. Wie beurteilen a) der Senat und b) das Bezirksamt die Tatsache, dass mit diesem sogenannten „Demokratiebericht“ die demokratische Opposition im Bezirk Marzahn-Hellersdorf steuerfinanziert und unterstützt von der Bezirksbürgermeisterin diffamiert wird?

Zu 14.:

Der Bezirk hat auf Anfrage mitgeteilt, dass eine Diffamierung die Benennung falscher Tatsachen voraussetze; dies sei nicht ersichtlich.

Grundsätzlich gilt, dass sich die Verwaltung in Verwaltungsverfahren und bei behördlichen Entscheidungen weltanschaulich und politisch neutral zu verhalten hat. Im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit hat die Verwaltung einen gewissen Spielraum, solange nicht aktiv in den politischen Willensbildungsprozess eingegriffen wird.

Dem stünde das Gebot der Neutralität und Sachlichkeit staatlicher Organe entgegen.

Berlin, den 15. August 2024

In Vertretung

Christian Hochgrebe
Senatsverwaltung für Inneres und Sport